



21.4354

**Motion Binder-Keller Marianne.  
Keine Verherrlichung  
des Dritten Reiches. Nazisymbolik  
im öffentlichen Raum ausnahmslos  
verbieten**

**Motion Binder-Keller Marianne.  
Condamnation ferme du Troisième Reich.  
Interdire sans exception les symboles  
nazis dans l'espace public**

## CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 04.05.23

**Binder-Keller Marianne** (M-E, AG): Ich spreche zur Motion, die ich in der Wintersession 2021 eingereicht habe und welche mehr Aufmerksamkeit generierte, als sie eigentlich hätte generieren sollen. Es geht meines Erachtens um eine Selbstverständlichkeit, nämlich darum, dass keine Nazifahnen aufgestellt werden sollen und keine Hitlergrüsse erlaubt sind. Die Verherrlichung des Dritten Reiches mit seinen unermesslichen Verbrechen soll in der Schweiz keinen Raum haben – null Toleranz gegen Intoleranz.

Meine Motion war eine Folge von verschiedenen Berichten, einerseits der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA), andererseits des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds (SIG). Beide beschreiben in verschiedensten

AB 2023 N 907 / BO 2023 N 907

Berichten eine beängstigend ansteigende Zahl von antisemitischen Vorfällen und eine Verbreitung einer antisemitischen Stimmung. Die Hemmungen, sich unverblümt und öffentlich zu einem solch menschenverachtenden Gedankengut zu bekennen, fallen. Es ist eine Geschichtslosigkeit sondergleichen, eine Verluderung des Denkens. Ein Verbot ist ein klares Zeichen gegen die schleichende Verwischung in der Erinnerung von Opfern und Tätern, eine klare Ansage: Nie wieder!

Meine Motion erlangte Aufmerksamkeit, weil der Bundesrat sie mit der Begründung ablehnte, es handle sich beim Aufstellen einer Nazifahne um einen Ausdruck der Meinungsfreiheit und überhaupt habe man das alles vor zwölf Jahren im Parlament schon einmal diskutiert und weil man es damals nicht gewollt habe, wolle man es auch heute nicht.

Warum nicht? Darum nicht! Das sagt man manchmal Kindern, wenn sie etwas genauer wissen wollen und man die Antwort selber auch nicht weiss.

Die GRA sammelte in der Folge im Rahmen einer Petition Unterschriften für das Verbot von Nazisymbolik. Aktuell sind es 14 771 Unterschriften. Nach dem Aufruhr, den die seltsame Antwort des Bundesrates hervorgerufen hatte, nahm er sich der Problematik noch einmal an. Er gab einen Bericht in Auftrag, der darlegen sollte, wie man das machen kann, wie man eine Nazifahne verbieten kann. Er kam zum Schluss, es sei machbar.

Sie wissen es: Im Jahr 2009 wurde im Parlament die Einführung eines Verbots rassistischer Symbole diskutiert. Es solle mit Busse bestraft werden, wer öffentlich rassistische Symbole oder Gegenstände, die solche Symbole darstellen oder enthalten, verbreite. Der Bundesrat und in der Folge auch National- und Ständerat lehnten eine solche Einführung ab. Sie sagten, das Verbot genüge dem Bestimmtheitsgebot im Strafrecht nicht. Diese Forderung habe ich aufgenommen. Man muss reagieren. Ich habe konkret umschrieben, was strafbar ist – nulla poena sine lege. Eine Strafnorm allein mit dem Bezug auf den Holocaust ist begründet, denn der Nationalsozialismus ist historisch als einzigartiges Verbrechen gegen die Menschlichkeit umfassend umschrieben. Diese Einzigartigkeit wird nun auch durch eine von unserem Parlament gewünschte Schweizer



Holocaust-Gedenkstätte in Erinnerung behalten.

Ich bitte Sie also, ein solches Verbot auf den Weg zu schicken. Der Bericht des Bundesrates ist auch schon da. Wir können endlich handeln, und es sollte auch nicht eine solche Hexerei sein. Wenn wir einen Sonnenschirm mit aufgedruckter Tabakwerbung locker aus den Blicken von Kindern verbannen können, in den gleichen Schirmständer jedoch eine Nazifahne stecken, dann ist das absurd. Man wird zu Recht bestraft, wenn man einem Polizisten den rechten Mittelfinger zeigt, die ausgestreckte Hand löst jedoch nicht einmal die Zwangseinweisung in die Geschichtsnachhilfe aus. Die Komplexität, das zu verbieten, sollte man mir einmal erklären. Wer immer sagt, ein Verbot bringe nichts, es brauche Aufklärung, dem sage ich: das eine tun und das andere nicht lassen.

Ich bitte Sie, meine Motion zu unterstützen.

**Glarner** Andreas (V, AG): Geschätzte Kollegin Binder, können Sie mir sagen, wann und wo Sie zuletzt in der Schweiz im öffentlichen Raum ein Hakenkreuz gesehen haben?

**Binder-Keller** Marianne (M-E, AG): Vor knapp zwei Monaten wurde anlässlich einer Art Flohmarkt in der Westschweiz eine Nazifahne in der Grösse von 2 mal 4,5 Metern an der Wand aufgehängt. Ich habe sie nicht persönlich gesehen, aber auf einem Bild. Eines unserer Medien hat darüber Bericht erstattet, das Bild war da zu sehen.

**Baume-Schneider** Elisabeth, Bundesrätin: Der Bundesrat teilt die Auffassung von Nationalrätin Binder-Keller, dass das Zurschaustellen und Instrumentalisieren von Kennzeichen des Nationalsozialismus schockierend ist, insbesondere für die Opfer des Holocaust und ihre Angehörigen bzw. Nachkommen.

Dans ce sens et dans la plupart des cas, le droit en vigueur permet de punir le fait de porter ou d'utiliser des symboles racistes ou des symboles nazis.

Dans son avis de début 2022, le Conseil fédéral a proposé de rejeter la motion pour cette raison, mais aussi parce qu'il souhaitait mettre l'accent avant tout sur la prévention. Comme l'a mentionné la conseillère nationale Binder-Keller, la réponse du Conseil fédéral a suscité un questionnement, une certaine irritation, voire de l'incompréhension, dans l'opinion publique et de la part notamment des associations concernées. La cheffe du département, ma collègue Keller-Sutter, a alors demandé des éclaircissements sur la nécessité de légiférer et sur les solutions possibles. Elle a chargé l'Office fédéral de la justice de rédiger un rapport sur les symboles nazis, racistes, extrémistes ou faisant l'apologie de la violence.

Ce rapport a été publié le 15 décembre 2022. Il conclut, premièrement, que l'arsenal légal actuel est suffisant dans la plupart des cas et, secondement, qu'il serait techniquement possible de rédiger une nouvelle loi ou d'en compléter une qui existe déjà. La norme devrait cependant répondre à deux exigences difficiles à concilier. D'une part, elle devrait être formulée de manière assez claire, assez précise pour que chacun sache ce que l'on attend de lui et quels symboles sont concrètement interdits. C'est le principe de précision de la base légale. D'autre part, cette norme devrait également rester suffisamment ouverte pour que les autorités puissent tenir compte de l'actualité et du contexte de chaque situation.

Par ailleurs, la discussion sur l'utilisation de tous ces symboles dans l'espace public n'est de loin pas terminée. Actuellement, les initiatives parlementaires de la Commission des affaires juridiques du Conseil national 23.400 "Interdiction par une loi spéciale de l'utilisation en public de symboles nazis" et du conseiller national Barrile 21.524 "Interdiction d'utiliser en public des symboles extrémistes, racistes ou faisant l'apologie de la violence" sont pendantes au sein du Parlement; elles nécessiteront des discussions.

Au vu de ces considérations, le Conseil fédéral propose le rejet de la motion.

**Präsident** (Nussbaumer Eric, erster Vizepräsident): Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

#### *Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 21.4354/26811)

Für Annahme der Motion ... 141 Stimmen

Dagegen ... 42 Stimmen

(4 Enthaltungen)